

BUNDESKANZLERAMT
Vizekanzler Dr. Adolf Schärf

Wien, am 11. März 1953

Lieber Freund!

Anbei vertraulich ein kurzer
Erinnerungsvermerk.

Mit bestem Gruss



1 Beilage

Herrn
Bundesminister Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER

Erinnerungsvermerk über die Besprechung zur Bildung
der Bundesregierung am 10. März 1953 von 1/2 4 bis 5 Uhr
im Büro des Bundeskanzlers.

Anwesend: Figl, Raab; Schärf Helmer.

Figl verweist auf das gemeinsame Programm der WdU und
der ÖVP über die Bildung der Bundesregierung.

Schärf erklärt, ein Eingehen darauf komme für die SPÖ
nicht in Frage, weil sie den Gedanken einer Dreierkoalition
grundsätzlich ablehnt. Figl will darauf trotzdem über die
einzelnen der 12 Punkte eine Verständigung herbeiführen, das
lehnt Schärf abermals ab, und sagt, das Programm bestehe zum
Teil aus allgemeinen Gemeinplätzen, die keine Bedeutung hätten,
zum Teil sei es überholt (Staatsbetriebe Organbildung;
Vereinheitlichung der Sozialversicherungsgesetzgebung), zum
Teil sei es zu rückständig.

Immer wieder wollte Raab eine öffentliche Erklärung
von uns darüber hören, warum wir Koalition zu dritt ablehnen.
Er verlangte von uns die Vorlage eines Wirtschaftsprogrammes
und eines Programmes über die Teilung der Gewalt. Wir haben
die Erstattung der Vorschläge Figl zugeschoben; es wurde
schliesslich darüber geredet, die Staatssekretäre abzubauen
und uns den Rechnungshof zu übergeben. Eine Einigung wurde
in keiner Weise erzielt; Figl schien am Schluss lustig, Raab
dagegen nicht. Es wurde vereinbart, über die Besprechung
nichts zu verlautbaren und eventuell Donnerstag wieder zusam-
menzukommen.

Erinnerungsvermerk über eine Besprechung zwischen Bundeskanzler Figl und Vizekanzler Schärp am 12. März 1953 im Bundeskanzleramt, in der Zeit von 1/2 10 bis 11 Uhr; im Verlauf des Gespräches kam auch Minister Gruber dazu.

Der Bundeskanzler verwies auf die gestrige Sitzung seiner Partei. Auf meine Frage, ob Hurdas schon durch Wahl im Abgeordnetenklub nominiert sei, antwortete er, mit einer überwältigenden Mehrheit.

Sonach erklärte er, dass er im Auftrage seiner Partei uns zu Dreierverhandlungen mit dem VdU einlade; ich habe erklärt, dass wir an solchen Verhandlungen nicht teilnehmen werden.

Darauf erklärte er, Raab bestehe auf einer Auskunft darüber, warum wir eine Zusammenarbeit mit dem VdU ablehnen. Ich erklärte daraufhin, dass wir eine solche Antwort nicht geben. Die Antwort liege in der Luft und wir wissen uns einig mit der überwältigenden Meinung des österreichischen Volkes und mit der Weltmeinung.

Figl und Gruber meinten nun, bevor man in Verhandlungen des grossen Verhandlungsausschusses eintrete, sollten einige Vorfragen geklärt werden:

- 1.) Die Erhaltung des status quo in der Regierung;
- 2.) die Antwort auf das Wirtschaftsprogramm.

Ich habe den status quo abgelehnt und erklärt, das Zwölf-Punkteprogramm sei so primitiv abgefasst, dass sich eine Antwort darauf erübrige. Es nehme zu konkreten Problemen überhaupt keine Stellung.

Darauf hob Figl die Frage der Randgemeinden hervor.

Ich verwies ihn darauf, dass Raab hier gar nicht unterrichtet sei; die Schwierigkeiten lägen bei den Amerikanern, bzw. bei den Russen; aber Raab sei es gewesen, der im Parlament das Notwendige Gesetz für die Landtagswahlen in

Niederösterreich unterlassen habe, obwohl wir ihn ununterbrochen dazu drängten. Das erste müsse sein, dass man das Gesetz über die Landtagswahl von Niederösterreich mache. Im übrigen sei ich darüber verwundert, dass Raab auf einmal Länderfragen zur Sprache bringe, obwohl er doch darauf bestehe, dass die allfällige Zusammenarbeit auf die Bundesebene beschränkt bleibe.

Ich fragte, was mit der entpolitisierung der Justiz gemeint sei, darauf sagte man mir, das ist eine Redensart. Ich sagte, wir hätten grösstes Interesse an der Entpolitisierung des Unterrichtswesens.

Im Zuge der Besprechungen über das Wirtschaftsprogramm erklärte ich, das Allernotwendigste sei jetzt wohl die Erstellung des Budgets. Auf Grund der Staatseinnahmen des Jahres 1952 ergebe sich, dass die Forderungen, die wir an das Budget gestellt haben, ohne weiteres erfüllt werden können und dass man also das Budget in den Nationalrat bringen könne, jedoch ohne die Post für die konfessionellen Schulen. Darauf wurde geantwortet, Raab hoffe, dass durch einen Zusatzantrag im Nationalrat die Post für die konfessionellen Schulen bewilligt werde.

Ich stellte für einen solchen Fall die Anfechtung eines solchen Beschlusses beim Verfassungsgerichtshof als wahrscheinlich hin.

Immer wieder betonten beide, dass der gute Wille zur Zusammenarbeit bei einem Teil der Volkspartei bestehe. Dieser könne aber nur Erfolg haben, wenn sie nicht das Gefühl hätten, von uns erdrückt zu werden.

Als in dem Zusammenhang der Bundeskanzler wieder vom status quo sprach, erklärte ich, gerade die Veröffentlichungen Raabs und des VdU über die Verhandlungen mit diesem hätten uns ein Zurückgehen unmöglich gemacht.

Jedermann wiesse, dass die Volkspartei in Österreich bereit sei, Machtpositionen aufzugeben, es könne von unseren Anhängern ^{mit} verstanden werden, dass das zwar zu Gunsten des VdU, nicht aber zu unseren Gunsten geschehe. Die Taktik Raabs mache uns ein Nachgeben unmöglich.

Auf die Frage Grubers an Figl, ob nicht doch in der Frage des Rechnungshofes eine Nachgiebigkeit möglich sei, antwortete dieser, "ja, vielleicht ihr den Präsidenten und wir den Vizepräsidenten."

Ich antwortete darauf, das ist für uns ganz unmöglich, etwas als ein Zugeständnis anzusehen, wenn dem Präsidenten bereits ein Vizepräsident zur Seite gestellt wird. Der Vizepräsident sei ein Beamtenposten, der aus dem Beamtenkörper besetzt gehört und nicht mit einem politischen Exponenten. Darüber war eine erregte Auseinandersetzung zwischen mir und Figl.

Figl und Gruber brachten den Milchpreis zur Sprache.

Sie sprachen auch darüber, dass man zwischen Niederösterreich und Wien in der Frage der Randgemeinden vermitteln solle und schliesslich darüber, daß man in der Steiermark ein erträglicheres Verhältnis zwischen den beiden Parteien herbeiführe.

Schliesslich wurde angeregt, dass über das Budget Besprechungen zwischen Waldbrunner und einem zweiten Herrn von uns und Kamitz, der sich vielleicht auch einen Partner beiziehen werde, stattfinden sollten.

Ich habe das alles zur Berichterstattung entgegengenommen und betont, dass die Veröffentlichungen über das Zusammengehen mit dem VdU und die Zugeständnisse, die man an ihn mache unsere Mitglieder in grösste Aufregung gebracht haben.

Der Bundeskanzler erklärte, dass er morgen in der KKK Frühe dem Bundespräsidenten einen kurzen Zwischenbericht erstatten werde und dass er vorschlage, Verhandlungen zunächst über die politischen Fragen zu viert morgen vormittag aufzunehmen.

Wien, am 14. März 1958

Lieber Freund!

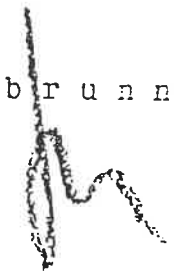
Anbei vertraulich ein Erinnerungs-
vermerk.

Mit bestem Gruss

1 Beilage

Herrn

Bundesminister Dipl.Ing. Karl Waldbrunner,
Wien, I.,



Erinnerungsvermerk über die Besprechung zwischen SPÖ und ÖVP vom 14. März 1953 über die Bildung der Regierung; die Sitzung findet im Bundeskanzleramt statt, wird um 10,15 Uhr eröffnet und um 10,45 Uhr geschlossen.

Anwesend: Figl; Raab, Kraus, Maleta, Weinberger;
Schärf, Helmer, Waldbrunner, Pittermann, Jonas.

Figl erstattet kurz Bericht über seine Vorsprache beim Bundespräsidenten und erklärt, nunmehr solle die Frage der Regierungsbildung "ernstlich beginnend in Verhandlung gezogen werden".

Darauf nimmt Raab das Wort und erklärt: Wir haben mit der VdU einen Vertrag unterschrieben, nachdem wir gemeinsame Politik im Parlament machen wollen. Sie haben bisher nur Nein zu einer Koalition zu dritt gesagt. Aber unser Vertrag mit der VdU ist die Ausgangsposition. Daher soll ausgegangen werden vom status quo, wobei die ÖVP dem VdU Positionen übergibt. Auf Grund dieses status quo kann man jederzeit in Verhandlungen eintreten.

Schärf: Der status quo in der Regierung hat keine Berechtigung.

Helmer: Eine Regierungsbildung zu dritt kommt für uns nicht in Frage.

Schärf: wiederholt, dass von der Aufrechterhaltung des status quo keine Rede sein kann.

Raab wiederholt: Schlagen Sie sich eine Änderung in der Zusammensetzung der Regierung aus dem Kopf.

Darauf erklärt Schärf, die Fortsetzung der Verhandlungen auf dieser Grundlage als zwecklos.

17. MRZ. 1953

Wien, den 16. März 1953.

Lieber Freund !

Zu Deiner Kenntnisnahme übermittle ich Dir
in der Anlage einen Gedächtnisvermerk über die
am 14. ds. stattgefundene Besprechung mit der
ÖVP.

Herzlichen Gruß

1 Beilage !Erging gleichlautend an:

Vizekanzler Dr. Adolf S c h ä r f, Wien, I., Ballhausplatz 2.
Bundesminister Oskar Helmer, Wien, I., Herreng. 7
Nat. Rat Dr. Bruno Pittermann, Wien, I., Parlament.
Bürgermeister Franz Jonas, Wien, I., Neues Rathaus.

GEDÄCHTNISVERMERK

über die Besprechung mit Bundeskanzler Dr.Ing.FIGL
und den Vertretern der ÖVP über die Regierungsbildung.

Zeit : Samstag, 14.März 1953, 9,15 Uhr

Ort : Kleines Ministerratszimmer im BKA

Anwesend :	für die ÖVP	-	für die SPÖ
	Dr.Ing. FIGL		Dr.SCHÄRF
	Ing.RAAB		BM HELMER
	Dr.MALETA		Bgm. JONAS
	Nat.Rat KRAUS		Dr.PITTERMANN
	und später		BM Dipl.Ing.WALDBRUNNER
	Vogm.WEINBERGER		

Vor Eingang in die Verhandlung sprechen die sozialistischen Vertreter den Herren der ÖVP das Beileid zum plötzlichen Tod des Nationalratspräsidenten KUNSCHAK aus. Vizekanzler Dr.SCHÄRF fragt, ob man sich wegen Art, Ort und Zeit des Begräbnisses schon Vorstellungen gemacht hat. Man einigte sich auf ein Staatsbegräbnis mit der Aufbahrung in der Vorhalle des Parlamentes. Die Feierlichkeiten sollen Dienstag, den 17.März 1953, um 15 Uhr beginnen. Der Trauerzug führt beim Rathaus vorbei, wo eine kurze Unterbrechung stattfindet, und endet bei der Votivkirche. Von dort wird dann der Sarg auf den Hernalser Friedhof überführt, wo er in einem eigenen Grab der Familie KUNSCHAK beigesetzt wird.

Anschliessend leitet Bundeskanzler Dr.Ing.FIGL die Verhandlungen ein. Er berichtet kurz über die Vorsprache beim Herrn Bundespräsidenten am Freitag, den 13.März 1953, dem er versprochen hat heute, den 14.März 1953, die Verhandlungen mit den beiden grossen Parteien zwecks Zusammensetzung der neuen Regierung ernstlich zu beginnen. Er fordert die beiden Parteien auf, ihre Stellungnahme dafür zu geben.

Ing. RAAB erinnert daran, dass die ÖVP mit dem VdU einen Vertrag über gemeinsame Politik im Parlament und gemeinsame Regierungsbildung hat. Dazu hat die SPÖ nur NEIN gesagt, ohne eine Begründung dafür zu geben. Für die ÖVP ist dieser Vertrag die Ausgangsposition und die SPÖ kann

ihr über das politische Vorgehen keine Vorschriften machen. Auf die Vorschläge zur Regierungsbildung sei von Seiten der SPÖ keine Antwort erfolgt. Für die ÖVP kommt nur eine Regierung in Frage, in der der status quo zwischen SPÖ und ÖVP aufrecht bleibt. Die ÖVP würde von ihrem Anteil an den VdU abgeben. Von der SPÖ werde darauf ein Gegenvorschlag erwartet.

Vizekanzler Dr.SCHÄRF erklärt dazu, dass natürlich die ÖVP das Recht habe, mit dem VdU Vereinbarungen zu schliessen, aber wir Sozialisten seien nicht bereit, uns solchen Vereinbarungen anzuschliessen. Zur Koalition zu Dritt haben wir bereits deutlich und unwiderruflich NEIN gesagt. Bei der Koalition zu Zweit kann von Seiten der Sozialisten der status quo nicht anerkannt werden, weil das dem Wahlergebnis nicht entspricht. Er verweist auf den Leitartikel in einer der letzten Nummern von "Berichte und Informationen", dem Sprachorgan des VdU, in dem klar und deutlich gesagt wird, dass nur eine Koalition der beiden grossen Parteien, also eine Koalition zu Zweit, einen Sinn hat. Wenn also selbst der VdU so spricht, dann erscheint für die Sozialisten die Vorgangsweise der ÖVP als Täuschungsmanöver, das von uns keineswegs anerkannt wird.

Ing.RAAB antwortet darauf, dass alles das gleichgültig ist und nichts daran ändern wird, dass im Parlament ÖVP und VdU zusammen auftreten und zu den 74 ÖVP-Mandaten noch 14 Mandate dazukommen werden.

Bundesminister Dipl.Ing.WALDBRUNNER wirft ein, dass die ÖVP das Wahlresultat also dadurch korrigiert, dass sie sich 14 Mandate nachträglich zugekauft hat.

Bundesminister HELMER erklärt, dass eine Regierungsbildung zu Dritt gar nicht in Frage kommt und das Zusammengehen der ÖVP mit dem VdU im Parlament noch manche Problematik haben wird, weil von den 14 Mandaten schon heute einige unsicher sind.

Ing. RAAB sagt, wenn die Sozialisten eine Regierung zu Dritt ablehnen, dann wird die ÖVP mit dem VdU halt eine Einheit bilden, und diese Einheit kann dann mit den Sozialisten eine Koalition machen, das ist eine Koalition zu Zweit.

Vizekanzler Dr. SCHÄRF antwortet darauf, dass man in diese Zwangsehe keine Ersatzfrau mitnehmen kann. Für die Arbeit im Parlament wird man auch Vereinbarungen schliessen müssen, an die sich dann die beiden Partner loyal zu halten haben werden.

Ing. RAAB drängt neuerlich auf Vorschläge von Seiten der Sozialisten.

Darauf sagt Vizekanzler Dr. SCHÄRF, wir überlassen es der ÖVP, was sie an die Sozialisten bei der Aufteilung der Regierungsgeschäfte abgibt. Wichtig ist, dass die Parität hergestellt wird. Für die Sozialisten ist es unmöglich, dass die ÖVP bereit ist, dem VdU, dem sie nachläuft, freiwillig Positionen abzugeben, die sie den Sozialisten verweigert. Für die Sozialisten ist das umso schwieriger, als die Volkspartei das wiederholt verlautbart hat.

Ing. RAAB antwortet darauf wieder, was die Sozialisten verlangen.

Vizekanzler Dr. SCHÄRF sagt dann, wenn sie es uns überlassen zu verlangen, dann verlangen wir das UNTERRICHTSMINISTERIUM. Die ÖVP ist für den Vorsprung von 1 Mandat ohnedies äusserst begünstigt dadurch, dass sie den Bundeskanzler und den ersten Präsidenten des Nationalrates bekommen soll.

Ing. RAAB fragt, was die Sozialisten zu dieser Forderung berechtigt, worauf

Vizekanzler Dr. SCHÄRF antwortet, das WAHLERGEBNIS, denn die ÖVP hat verloren und ist gegen früher im Verhältnis zu uns um 10 Mandate zurückgegangen. Daher kommt auch die Beibehaltung der damaligen Aufteilung für die Sozialisten nicht in Frage.

Ing. RAAB sagt dazu, die ÖVP geht nicht in das kaudinische Joch der SPÖ, worauf ihm

Bundesminister HELMER antwortet, er wolle die SPÖ in das kaudinische Joch der ÖVP zwingen. Mit den 14 zugekauften Mandaten, die ihm gar nicht alle sicher seien, wolle RAAB die Sozialisten niederzwingen, was ihm nicht gelingen wird.

Vizekanzler Dr.SCHÄRF erklärt dann, dass in Anbetracht des Verharrens der ÖVP auf ihren Vertrag mit dem VdU das Weiterreden keinen Sinn habe; die Verhandlung wird nach einigen Hin- und Herreden unterbrochen, ohne dass Bundeskanzler Dr.Ing.FIGL sich um die Weiterführung des Gespräches bemüht oder einen neuen Termin in Aussicht stellt.

Vor Verlassen des ~~Bes~~ Sitzungszimmers entspinnt sich zwischen Bundesminister HELMER einerseits und KRAUS, RAAB und FIGL andererseits noch eine Auseinandersetzung wegen der eigenmächtigen Milchpreiserhöhung durch KRAUS.

Bundesminister HELMER erklärt, dass er sich als Innenminister das nicht gefallen lassen kann und dass das Innenministerium einschreiten werde, worauf RAAB und FIGL antworten, dass sie dann am Mittwoch, in der ersten Nationalratssitzung, einen Misstrauensantrag gegen HELMER beschliessen lassen werden.

Die Sitzung endet um 10 Uhr.

-.--.-.-.-

Erinnerungsvermerk über eine Besprechung am 19. März 1953 um 12. Uhr 15' mit Bundeskanzler Figl und Minister Gruber über die Bildung der Regierung.

Auf Einladung Figls komme ich zu ihm, wo ich beide finde. Da keiner von beiden zu sprechen beginnt, erklärt auf meine Frage Figl: "Also morgen um 10 Uhr kommen wir zusammen."

Wir wollen über folgende Gegenstände sprechen:

- 1.) Das Budget
- 2.) die konfessionelle Schule
- 3.) die Landgemeinden
- 4.) die verstaatlichten Betriebe.

Auf meine Frage, was darunter gemeint sei, wurde gesagt: Staatsbeitrag zu den konfessionellen Schulen, Wiederherstellung des Regimes in den Landgemeinden, wie es bis vor einigen Jahren bestanden habe und bei den verstaatlichten Betrieben Regelung der Verwaltungskörper; Schutz der Dienstnehmer gegen politische Beeinflussung.

Ich antwortete, wenn die Besprechung das zum Zweck habe und nichts anderes, dann habe sie eben keinen Zweck. Wie stehe es um die Regierungsbildung?

Darauf antwortete Figl, wenn man sich in den ersten Fragen einige, dann werde es möglich sein, in der Regierungsbildung zu einer Einigung zu kommen, auf der Grundlage, wie Helmer sie angedeutet habe, nämlich wir Präsident des Rechnungshofes, wozu sie allerdings einen Vizepräsidenten begehren würden und wir ferner einen Staatssekretär für Ausseres; ausserdem für jeden Staatssekretär in einem Volksparteiministerium einen sozialistischen Staatssekretär in einem sozialistischen Ministerium.

Ich wandte mich gegen die Vorstellung, dass ein Vizepräsident beim Rechnungshof für die ÖVP geschaffen werde.

Vor dem Weggehen sagte ich zu Figl, dass wir Wert darauf legen müssten, ins ERP-Küro an Stelle des Ing. Jehart einen anderen hineinzubekommen.

Die Unterredung dauerte nur kurze Zeit.

Erinnerungsvermerk über eine Besprechung mit dem französischen Hochkommissär, abgehalten auf dessen Wunsch am 19. März 1953 von 17 bis 17,45 Uhr in meinem Büro.

Er kam in Begleitung des Herrn Chabot und er erkundigte sich, wie weit es um die Regierungsbildung stehe.

Ich antwortete ihm, dass bisher keine Fortschritte gesehen werden können und dass morgen zum erstenmal wieder Besprechungen sein würden. Ich sehe diesen Besprechungen mit Besorgnis entgegen, da vor allem das Aufwerfen der Frage der konfessionellen Schulen bevor man über die Bildung der Regierung gesprochen habe, den Eindruck erwecke, dass man durch diese Forderung eine Einigung verrammeln wolle.

Ich teilte mit, welche Vorschläge bisher für die Bildung der Regierung gemacht wurden und auch den letzten (Rechnungshof, Staatssekretär für Ausseres).

Der Hochkommissär betonte im Gespräch, dass der Nuntius, wie er glaube, zur Zeit weniger an konfessionellen Schulen als an einer Fortsetzung der Koalition zu zweit interessiert sei.

Ich machte den Hochkommissär mit besonderem Nachdruck auf die Gefahren aufmerksam, die entstehen könnten, wenn ein Budget nicht zustande komme, weil die Russen dann in ihrer Zone versucht sein könnten, die Administration für ungesetzlich zu halten oder gar die Steuereinhebung als ungesetzlich hinzustellen.

Der Botschafter entfernte sich mit der Versicherung, dass er sich in Bälde wieder melden werde.

Al. Ruppert
 Erinnerungsvermerk über die Vorgänge am Vormittag des
 20. März 1953 in Zuge der Besprechungen über die Regierungs-
 bildung.

Für 10 Uhr war am Donnerstag zwischen Bundeskanzler Figl
 und mir eine Besprechung der beiderseitigen Verhandlungskomitees
 vereinbart worden, am Freitag rief der Bundeskanzler etwa
 um 3/4 10 Uhr an und ersuchte mich, die Zusammenkunft auf
 11 Uhr zu verlegen, ich stimmte zu.

Einige Minuten vor 11 Uhr kamen Präsident Raab und Ausßen-
 minister Kruber, letzterer machte einen ausserordentlich ver-
 störenden Eindruck.

Raab ersuchte mich, die Verhandlungen auf nächste Woche zu
 verschieben, zur Begründung führte er an, dass die Volkspartei
 nicht mehr Figl, sondern ihn zum Bundeskanzler nominieren. Aber
 zu diesem Zweck müssten sie noch an eine Parteikörperschaft
 gehen. Ich erklärte, dass uns auf die Auswahl der Kanzlerkandi-
 daten durch die Volkspartei ein berechtigter Einfluss nicht
 zukomme.

Raab sprach dann davon, dass man Montag nachmittag um 3 Uhr
 zusammenkommen sollte, auf meinen Hinweis auf die Verhinderung
 von zwei Mitgliedern meines Verhandlungskomitees am Montag
 nachmittag schlug er Dienstag vormittag 10 Uhr vor.

Darauf sagte er, die vier Fragen, die Ihnen Figl vorgelegt
 hat, können Sie ja, ⁴ wir haben vorgehabt, sie folgendermassen
 zu beantworten:

1.) Budget: Es ist auf jeden Fall notwendig, ganz gleich-
 gültig, ob eine Regierung zustandekommt, oder nicht, damit nicht
 die Ausßen einen ex lex Zustand zu Vorwänden für irgendwelche
 Aktionen nehmen."

Wir wünschen, dass in das Budget der 30%ige Staatszuschuss,
 der Betrag für den Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds und dann
 der Betrag für Investitionen im Waldbrunnerministerium hinein-
 kommt, darauf erwiderte Raab nichts, zum mindestens nicht ab-
 lehrend.

Hinsichtlich der drei übrigen Fragen erklärte ich, würden
 wir in eine Beantwortung erst eingehen, wenn die Regierung ge-
 bildet ist, da sie ja Stück eines Regierungsprogramms sein soll-
 ten."

Im übrigen machte ich darauf aufmerksam, dass wir einen Vizepräsidenten im Rechnungshof so auffassen würden, wie einen Staatssekretär in einem sozialistischen Ministerium, also wir würden einen Staatssekretär in einem ÖVP-Ministerium verlangen. Diese Auffassung lehnt Raab ab.

Die Unterredung dauerte etwa 5 Minuten.

Vizekanzler:
Dr. ADOLF SCHÄRF
Alten. I. Bräuhausplatz 9

Wien, am 21. März 1953

Lieber Freund!

Anbei übermittle ich Dir eine
vertrauliche Information.

Viele Grüsse

Herrn

Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

Einlegen
Wien, am 23. MRZ. 1953 194

Erinnerungsvermerk über Gespräche, die von Vizekanzler
Dr. Schärff am Samstag, dem 21. März vormittag geführt wurden:

1.) 1/2 9 Uhr :

Ich gehe selbst zu Figl und frage ihn, wie es zu den gestrigen Ereignissen gekommen ist. Er will durchaus nicht aus sich herausgehen und erklärt, es hätte gestern um 9 Uhr die Vorbesprechung des Verhandlungskomitees in seinem Zimmer stattfinden sollen. Die Herren seien jedoch um 1/2 10 Uhr gekommen und hätten ihm gleich eröffnet, dass nach ihrer Meinung ein anderer als er die Regierung bilden solle, er sei schon abgenützt und er solle sich erholen. Auf die Frage, ob sein Eingreifen in der Milchpreissache beigetragen habe, sagte er, er glaube nicht und auf die weitere Frage, ob der Schritt gegen ihn eine Auswirkung der Politik des Zusammengehens mit dem VdU sei, meinte er ebenfalls, dies sei nicht der Fall. Er sagte, er werde sich jetzt mehr oder minder ins Privatleben zurückziehen und er verglich das Vorgehen seiner Partei gegen ihn mit dem Fall Streeruwitz.

In mein Büro zurückgekehrt, berichte ich Helmer telephonisch, der mir den Rat gab, das amerikanische Element zu verständigen. Ich liess darauf Delor und Dowling ersuchen, zu mir zu kommen.

Mit wenigen Worten verständigte ich Delor.

Unterdessen kam unangemeldet Minister Gruber zu mir.

Gegenüber gestern war er schon sichtlich gefasst und er versuchte, eine zusammenhängende Darstellung der Ereignisse zu geben. Ihm und Figl sei der einhellige Wunsch des Verhandlungskomitees, an Stelle Figls Raab zu setzen, vollständig unvorberichtet gekommen. Auffallend war, dass gerade Kraus es gewesen sei, der erklärt habe, eine Änderung sei nötig.

Gruber erklärte spontan, Raab denke nicht daran, rasche Wahlen durchzuführen, Raab habe vielmehr die Absicht, durch eine möglichst lange Regierung zu zeigen, was er könne.

Auf meine Frage, ob die Aktion gegen Figl mit dem Zusammengehen mit dem VdU in Verbindung stehe, antwortete Gruber: Nein, im Gegenteil, jetzt werde die Verbindung zum VdU aufhören.

Ich antwortete darauf: "Ja es gibt doch für den Fall der Nichtbeteiligung des VdU an der Regierung einen zweiten Fakt über das Zusammengehen im Parlament". Darauf antwortete Gruber: "Ich kann Dir das mit aller Entschiedenheit versichern, eine

solche Vereinbarung gibt es nicht.

Ich machte nunmehr Gruber, ebenso wie vorher Figl, darauf aufmerksam, dass Raab von uns mehr Härte entgegengesetzt würde, als Figl und dass wir nicht gesonnen seien, zu verhandeln, bevor eine Betrauung durch den Bundespräsidenten erfolgt sei.

Hier gab Gruber, ebenso wie vorher Figl, die Erklärung ab, Figl werde am Montag beim Bundespräsidenten seine Betrauung zurücklegen. Gruber versicherte immer wieder, dass Raab bestrebt sein werde, lange im Amt zu bleiben, ^{um} ~~was~~ eben zu zeigen, was er könne.

Gruber bestätigte mir den Eindruck, den ich von Figl hatte, dass dieser nicht im geringsten daran denke, Widerstand zu leisten und Gruber meinte, Figl solle zum Generaldirektor der Bundesforste gemacht werden.

Wenige Minuten nach dem Abgang Grubers um 1/4 11 Uhr, besuchte mich der Gesandte Dowling. Im Gegensatz zu Delor hatte er bereits eine Information über den Personenwechsel. Ich teilte ihm mit, dass ich ihn bloss aus Höflichkeit informieren wollte, ohne sein ~~Einschreiten~~ hervorzurufen. Raab werde zweifellos bei den Russen grössere Schwierigkeiten haben, aber auch für uns nicht angenehm sein. Dowling betonte, dass die Amerikaner grösstes Interesse daran haben, dass die Regierungskrise nicht zu lange dauere und endlich die Koalition zu zweit zustande komme.

Gedächtnisvermerk

über die Besprechung der Verhandlungskomitees der SPÖ und ÖVP
über die Regierungsbildung.

Zeit: Dienstag, den 24. März 1953, 10 Uhr Vormittag.

Ort: Kleines Ministerratszimmer im Bundeskanzleramt.

Anwesende: für die SPÖ - Schärf,
Helmer,
Jonas,
Waldbrunner,
im späteren Verlauf der Sitzung
Pittermann;

für die ÖVP - Raab,
Maleta,
Kraus,
Weinberger,
Gorbach.

RAAB stellt sich als designierter Bundeskanzler vor und fragt, ob die Besprechungen mit der Aufteilung der Regierungsgeschäfte oder mit dem Programm der Regierung begonnen werden sollen. SCHÄRF sagt darauf, man soll mit dem Budget beginnen, da bereits Gefahr besteht, daß ein gesetzloser Zustand mit all seinen unübersehbaren Folgen eintritt. RAAB meint darauf, am besten ist es, das Budgetprovisorium bis Jahresschluß zu verlängern.

Wegen des 30 %igen Bundeszuschusses erklärt RAAB, daß ein Zusammenhang mit dem Sozialversicherungsneuregelungsgesetz besteht, das vom Sozialminister zumindest noch in diesem Jahr vorgelegt werden müsse.

SCHÄRF sagt darauf, daß es auch der Wunsch des Sozialministers sei, ein solches Gesetz vorzulegen, daß sich aber die legislativen Arbeiten im Sozialministerium außerordentlich schwierig gestalten, umsomehr als die Materie umfangreich und die verfügbaren Fachkräfte gering sind.

RAAB nimmt das zur Kenntnis, meint aber, bei Nichterfüllung der Forderung auf Vorlage dieses Gesetzes noch in diesem Jahr müßte sich die ÖVP für das Jahr 1954 eine andere Aufteilung der Bundeszuschüsse überlegen.

bestimmt wird, daß sie das auf eigene Kosten tun müssen. Dieses paktierte Gesetz müßte abgeändert werden und die Sozialisten können einer solchen Abänderung auf keinem Fall zustimmen, solange nicht die Schulgesetze, die auch paktierte Gesetze sind, endgültig vereinbart werden. Er wiederholt, daß die Unterrichtsminister der ÖVP diese Schulgesetze bis jetzt nicht gegeben haben, aber von der ÖVP verlangt wird, daß ein paktiertes Gesetz bezüglich der Errichtung konfessioneller Schulen in ihrem Sinne geändert wird.

WEINBERGER schlägt vor, es auf eine geheime Abstimmung im Parlament ankommen zu lassen. Er wird dabei von RAAB, GORBACH und MALETA unterstützt.

SCHÄRF sagt, wenn es zu einer solchen Budgetpost aus irgend einem Grunde mit Gewalt kommen sollte, dann wird das beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden.

RAAB versucht einzulenken und erklärt, nichts anderes zu wollen, als auf den Status Schmitz/Glöckl zurückgehen zu wollen. Er sagt weiter, man soll im Budget unter irgend einem Titel eine Post einsetzen, aus der Mittel an diese konfessionellen Schulen gegeben werden können und sei es zum Zwecke der Gebäudeerhaltung (historische Bauten) oder der Beschaffung von Lehrmittel (Kreide etc.)

Als ihm dies von den sozialistischen Verhandlungsteilnehmern abgelehnt wird, wiederholt er die Drohung, im Parlament einen Antrag einbringen zu lassen, über den dann eben abgestimmt wird. Er meint, es wäre nicht zu verhindern, daß die ÖVP-Abgeordneten, die der katholischen Aktion angehören, einen solchen Antrag stellen.

SCHÄRF sagt darauf mit großer Nachdrücklichkeit: "Was wir immer vereinbaren werden bei dieser Regierungsbildung hat zur Voraussetzung, daß die beiden Regierungsparteien zu Regierungsvorlagen und besonders zum Budget im Parlament stehen und darüber keine freie Abstimmung ihrer Klubs zulassen. "

RAAB beginnt darauf mit solchen Abstimmungen wiederholt zu drohen, worauf ihm SCHÄRF noch deutlicher erklärt, daß wir in solch einem Falle den Antrag auf Auflösung des Hauses stellen werden, da eine solche Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien unmöglich ist.

In der weiteren unfruchtbaren Diskussion sagt SCHÄRF: "Der Finanzminister sagt uns, für die Wiedergutmachung der Schäden des Jahres 1934 an die Sozialistische Partei ist kein Geld da, aber für die konfessionellen Schulen hat der Finanzminister Geld. Solange der Bund für das eine kein Geld hat, kann er es auch für das andere nicht ausgeben".

RAAB meint etwas resigniert, daß man schon bei dieser ersten Frage nicht zusammenkommt und man wieder an der Forderung der Sozialisten scheitert.

WALDBRUNNER wirft darauf ein, daß die Sozialisten für die Verabschiedung des Budgets gar nichts verlangen, weil das Budget beschlossen werden muß, um einen Verfassungsnotstand zu beheben.

SCHÄRF erklärt, der Wunsch auf Wiedergutmachung der Schäden des Jahres 1934 ist von uns mit der Dotierung der konfessionellen Schulen in keiner Weise gekoppelt. Diese Dotierung lehnen wir eben aus anderen Gründen ab. Vor allem stützen wir uns dabei auf die bestehende Gesetzeslage, die eine solche Dotierung nicht zuläßt.

GORBACH versucht, aus der Haltung der sozialistischen Verhandlungsteilnehmer einen direkten Zusammenhang mit den Schulgesetzen herzustellen.

SCHÄRF meint darauf, das ist nur beschränkt richtig, denn die Dotierung der konfessionellen Schulen ist auf Grund eines bestehenden paktierten Gesetzes unmöglich. Man kann aber, sagte er, über die Schulgesetze einmal reden und zweifellos wird dann auch über die konfessionellen Schulen gesprochen werden.

RAAB versucht, diesbezüglich eine Zusage oder eine Terminfestlegung zu erreichen. Als ihm das wieder nicht gelingt, droht er neuerlich mit der Abstimmung im Hause.

SCHÄRF erwidert ihm darauf, daß dann eben keine Regierung zustande komme, denn in den wichtigen Dingen muß das Zusammengehen vorerst vereinbart werden.

Die Sitzung wird um 11.20 Uhr auf Wunsch der ÖVP, deren Verhandlungsteilnehmer den Sitzungssaal verlassen, unterbrochen. Um 11.30 Uhr erscheinen die Herren der ÖVP wieder und die Sitzung wird wieder aufgenommen.

RAAB erklärt, die Frage "konfessionelle Schulen" vorläufig zurückstellen zu wollen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die ÖVP auf der Sache beharrt und es im Parlament zu einer Austragung kommen soll.

RAAB schneidet nun die Randgemeindenfrage an und er hält Beschwerde darüber, daß auf die Verwaltung der Randgemeinden das Land Niederösterreich keinerlei Einfluß habe.

JONAS wendet ein, daß dies gar nicht möglich ist, weil man die Gemeinde Wien verwaltungsmäßig nicht unterteilen kann.

WEINBERGER will ein Zusammenwirken von Wien und Niederösterreich in der Verwaltung dieser Randgemeinden und erklärt, dafür wären Vorschläge schon gemacht worden und hätten Kommissionen bereits bestanden.

HELMER betont, daß wir Sozialisten sehr interessiert sind an der Randgemeindenfrage und die gemeinsamen Ausschüsse, die es tatsächlich gegeben hat, auf Verlangen von Niederösterreich aufgegeben wurden. Als besonders vordringlich erklärt er das Wahlgesetz, das bereits im letzten Nationalrat eingebracht wurde und das am besten von der jetzigen Regierung neuerlich dem Parlament zur Beschlußfassung vorzulegen wäre, um rasch eine Entscheidung herbeizuführen, die wenigstens das Wählen dieser Gemeinden für Niederösterreich ermöglicht.

RAAB wird heftig und wirft Jonas vor, daß die Gemeinde Wien entgegen den Intentionen der Randgemeinden die Verwaltung führe. Niederösterreich habe dort nichts zu reden, da diese Gemeinden von Fronvögten der Gemeinde Wien regiert werden. Er verweist auf Laab im Wald und Nationalrat Horn in Schwechat.

JONAS erwidert ihm, daß die Ortsvorstände auf Grund des Wahlergebnisses in diesen Orten bestellt wurden. Dort, wo die ÖVP die stärkste Partei war, wurden die Ortsvorstände auf Vorschlag der ÖVP-Landesleitung bestellt.

WEINBERGER gibt das zu, sagt aber, die Leute wollen keine Ortsvorstände, sondern Bürgermeister und einen Gemeinderat.

RAAB schlägt vor, diese Gemeinden bezirksweise zusammenzufassen und in diesen Bezirken eine Verwaltung im Einvernehmen mit Niederösterreich zu organisieren. Er wirft Wien ein undemokratisches, zentralistisches Verhalten vor.

Im weiteren beruft sich RAAB auf die seinerzeit von den beiden Landesregierungen beschlossenen Gesetze über die Aufteilung von Wien und Niederösterreich, deren Respektierung er verlangt.

PITTERMANN, der während dieser Diskussion erschienen ist, erwidert Raab, daß diese Gesetze ja gar nicht bestehen; sie sind nie veröffentlicht worden.

RAAB und WEINBERGER werden immer heftiger und werfen den Sozialisten vor, daß sie sich hinter die Besatzungsmächte schansen, die diese Gesetze nicht anerkannt haben.

HELMER versucht einzulenken und SCHÄRF versucht wiederum seinem Gegenüber Raab zu erklären, daß die bestehende Gesetzeslage eben diese Aufteilung unmöglich macht. Die bestehende Gesetzeslage müsse doch respektiert werden.

RAAB wird außerordentlich heftig und sagt: "Ich pfeife auf die Gesetze". Er fordert fast schreiend, daß sich die Verhandlungspartner der beiden Landesregierungen oder der beiden Landesparteien noch heute Nachmittag zusammensetzen und in dieser Frage eine Einigkeit finden.

Darüber wird auch SCHÄRF heftig und ruft Raab zu: "Gar nichts wird heute Nachmittag vereinbart und gegen die Gesetze läßt sich überhaupt nichts entscheiden".

PITTERMANN ruft dazwischen: "Wir lassen uns nicht terrorisieren".

WALDBRUNNER wirft ein, daß erst über die Regierungszusammensetzung entschieden werden muß, bevor über andere Fragen eine Entscheidung möglich ist.

RAAB kommt wieder etwas zu Besinnung und sagt, man kann alles machen, wenn man auf der Basis gegenseitigen Vertrauens Vereinbarungen trifft, wenn diese auch nicht durch Gesetze gedeckt sind.

SCHÄRF sagt ihm darauf: "wo bleibt das Vertrauen, wenn man uns täglich mit dem Überstimmen droht".

RAAB beharrt darauf, daß diese Frage jetzt geklärt wird, da wir sonst eine Einigung der Parteien aufgeben müßten.

SCHÄRF erwidert ihm darauf, daß man so mit uns nicht verhandeln kann. Man hat uns noch gar nicht gefragt, was wir wollen,

sondern in zwei wichtigen Fragen erklärt, das muß geschehen oder es wird nicht mehr verhandelt, wobei in beiden Fragen gesetzliche Bestimmungen den Forderungen der ÖVP entgegenstehen. Außerdem habe Raab in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder erklärt, Landesfragen sollen nicht auf Bundesebene entschieden werden.

RAAB lenkt nun endgültig ein und meint, man soll doch darüber reden.

Nach langem hin und her einigt man sich dann, daß die beiden Landesregierungen sich zusammensetzen werden, ohne daß von einem Termin gesprochen wird, und diese Fragen diskutieren, ^{um} ~~und~~ nach Möglichkeit zu einer Einigung zu kommen.

RAAB fragt dann, was die Forderungen der Sozialisten sind.

SCHÄRF wiederholt darauf die Vordringlichkeit des Budgets. Er fügt hinzu die Wiedergutmachung für die SPÖ (1934) und die Entscheidung über die auslaufenden Wirtschaftsgesetze.

RAAB meint darauf, er könne heute diesbezüglich nichts sagen. Auf diese Fragen müsse man in den Regierungsverhandlungen noch zurückkommen. Hinsichtlich der Wirtschaftsgesetze ist er der Meinung, daß man nicht alles auslaufen lassen kann. Vor allem das Milch-wirtschaftsgesetz wird man nicht auflassen können.

KRAUS schaltet sich ein und erhebt im Namen der Landwirtschaft die Forderung, die Gesetze über die Wirtschaftsverbände zu novellieren, insbesondere die notwendige 4/5-Mehrheit zu beseitigen. Er stellt dann noch eine ganze Reihe weiterer Forderungen, insbesondere die Forderung auf landwirtschaftliche Kredite und die Fortführung der Lebensmittelsubventionen.

WALDBRUNNER erwidert ihm, daß das alles Angelegenheit der neuen Regierung sein wird und darum wäre es zweckmäßig, wenn RAAB sagen würde, wie seiner Meinung diese Regierung aussehen soll.

RAAB will darauf aber nicht antworten und stellt diese Frage an uns.

HELMER erwidert ihm darauf, daß Raab bisher immer die Dreierkoalition verlangt habe und wir das strikte ablehnten und weiterhin ablehnen.

Darauf sagt RAAB: "Das haben wir zur Kenntnis genommen und was verlangen Sie noch?"

RAAB geht dann auf eine andere Frage über. Er verlangt auch Vereinbarungen für die verstaatlichten Betriebe.

SCHÄRF und WALDBRUNNER fragen, was damit gemeint sei.

MALETA sagt, der Sechserausschuß müsse weiter funktionieren und das Verstaatlichungsgesetz müsse dahin abgeändert werden, daß nicht wie bisher der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe als der alleinige Aktionär in der Hauptversammlung der verstaatlichten Unternehmungen auftritt.

SCHÄRF, PITTERMANN und WALDBRUNNER antworten darauf mit dem Hinweis auf die Zustände bei den verstaatlichten Banken, den Staatsbetrieben im Finanzressort wie Tabakwerke, Salinen und Postsparkassa, und auch bei den Bundesforsten.

Es entwickelt sich dann eine heftige Diskussion um die Einflußnahme bei den Banken in den letzten Monaten entgegen dem bestandenen Koalitionspakt zu Gunsten der belasteten Direktoren.

RAAB sagt, die Bankenberichte hätten Anschuldigungen gebracht, die aus der Luft gegriffen waren. Die ganze Bankensache wäre künstlich von den Sozialisten aufgezo-gen worden.

SCHÄRF erwidert ihm darauf, daß er schlecht unterrichtet sei, da die ganze Bankenuntersuchung von den Leuten der ÖVP mit den Amerikanern vereinbart wurde.

RAAB nimmt die Bankleute energisch in Schutz und besteht auf eine Einflußnahme der ÖVP bei den verstaatlichten Betrieben.

Auch in dieser Frage kommt es zu keinerlei Übereinstimmung und RAAB schlägt um 12.45 Uhr vor, die Sitzung abzubrechen.

Die nächste Sitzung wird für Mittwoch, den 25. März ds. J., 11 Uhr vormittags vereinbart.

*Di. an Sp. Teilnehmer
d. Ch. Bund. Konv. persönl.
Mitgeteilt am 25.3.33.*